

Sibirien – eine Kolonie der Sowjetunion?

Ethnische und wirtschaftliche Probleme in Nordasien

Von Helmut Klüter

Vor fast 100 Jahren schrieb der Journalist, Geograph und Ethnograph Nikolaj Jadrincev ein aufsehenerregendes Buch mit dem Titel „Sibirien als Kolonie in geographischer, ethnographischer und historischer Beziehung“. Heute meinen viele Fachleute, daß dieses Buch sowohl in seiner kritischen wie auch in seiner programmatischen Substanz wieder aktuell sei. Im Zeichen von „Glasnost“, dem Trend zu mehr Öffentlichkeit, kommen immer mehr neue Daten und Fakten zum Vorschein, die das bis in die achtziger Jahre geltende Axiom einer gerechten interregionalen Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Sowjetunion in Frage stellen. Die folgende Studie fußt auf Materialien, die während mehrerer Forschungsaufenthalte in Sibirien gesammelt werden konnten. Der Gliederung von Jadrincev folgend kommen nach einer kurzen geographischen Darstellung die derzeitigen ethnischen und wirtschaftlichen Probleme Sibiriens zur Sprache.

Mit 12,7 Millionen Quadratkilometern ist Sibirien mehr als doppelt so groß wie Europa. Dort wohnen elf Prozent der sowjetischen

Bevölkerung. Das sind 32 Millionen Einwohner – also etwa die Hälfte der „alten“ Bundesrepublik.

Sibiriens Bedeutung für die Sowjetunion

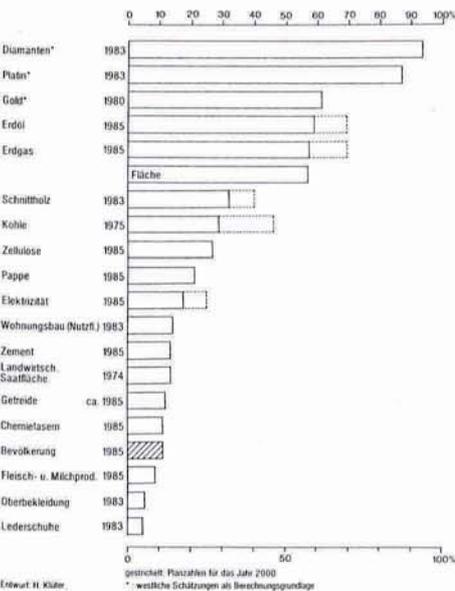
Sibiriens Lage innerhalb der Sowjetunion veranschaulicht die Karte 1. Die schwarze Nord-Süd-Linie östlich des Ural-Gebirges trennt Sibirien von der übrigen RSFSR, der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Zwar ist die RSFSR mit Abstand die größte der 15 Unionsrepubliken, sie hat aber nur ein eingeschränktes Haushaltsrecht. Sie ist in 71 Gebietseinheiten (Autonome Republiken, Oblasti, Kraja; s.u.) unterteilt, von denen 18 in Sibirien liegen. Jene 18 Gebietseinheiten

werden für statistische Zwecke in drei Makro-Wirtschaftsregionen zusammengefaßt: Westsibirien, Ostsibirien und Ferner Osten.

Gemeinsam mit Teilen des Europäischen Nordens, der Ural-Region und Nord-Kasachstan gehört Sibirien zu den Gebieten mit Regionalkoeffizienten für Löhne und Gehälter. Man versucht, über das Instrument der Konsumsubvention Arbeitskräfte zu veranlassen, aus den zentralen Regionen nach Osten und Norden zu gehen. Dem kann man entnehmen, daß der gesamte östliche und nördliche Bereich der Sowjetunion unterdurchschnittliche Lebensbedingungen bietet.

Obwohl nur elf Prozent der sowjetischen Bevölkerung in Sibirien leben, liefert dieser Landesteil über zwei Drittel der sowjetischen Edelmetalle, Edelsteine, Stahlveredler und Brennstoffe. Auch in anderen Bereichen, wie Holz- und Kunststoffproduktion, Elektrizität, Zement usw. trägt die Region überdurch-

(Naturalmengenanteile Sibiriens an der UdSSR-Produktion bzw. an den jeweiligen Gesamtmaterial)



Der Stellenwert Sibiriens in der sowjetischen Wirtschaft.

schnittlich zur sowjetischen Gesamterzeugung bei. Nur bei den Konsumgütern fallen die sibirischen Anteile etwas unterproportional aus (vgl. Abb. 1). In Weltmarktpreisen gerechnet, wäre Sibirien so reich wie Norwegen oder die arabischen Golfstaaten.

Was ist eine Kolonie?

Diese Basis müßte Sibirien eigentlich zum begehrten und geachteten Handelspartner innerhalb der Sowjetunion machen und eine ausreichende Versorgung auch mit den Gütern gewährleisten, die die Region selbst nicht erzeugt. Doch das ist nicht der Fall. Sibirien ist mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern schlechter versorgt als die europäischen Gebiete der RSFSR. „Es ist ganz charakteristisch, daß zu den bereits bekannten Gründen

Karte 1: Anteil der Russen an der Bevölkerung in Gebieten nichtrossischer Nationalitäten in der Sowjetunion 1989

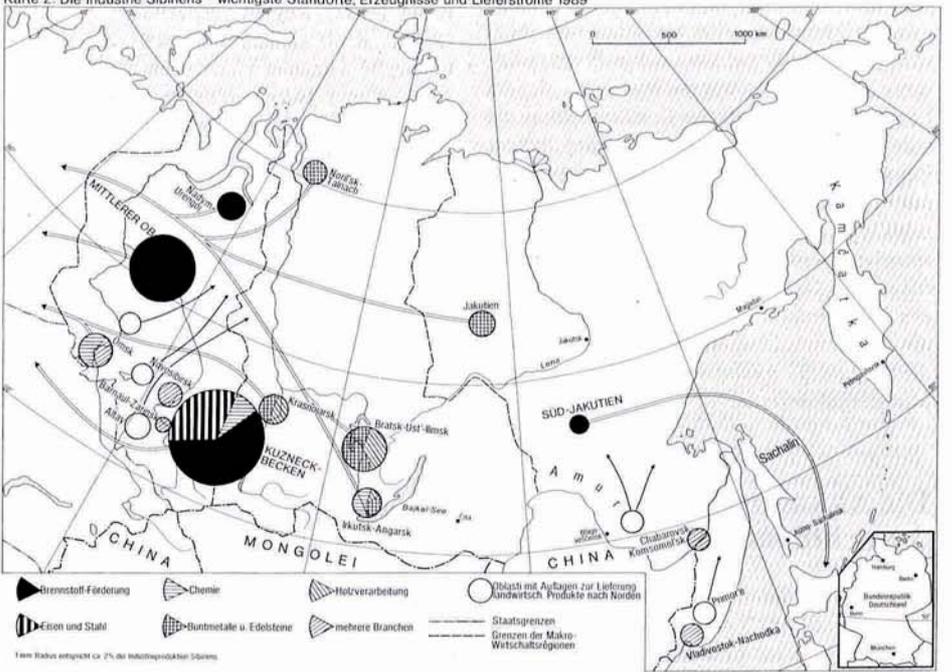


Karte 1: Ein ungewohntes Bild der Sowjetunion: Der sonst monolithische Block weist eine interessante Feinstruktur auf, die hier durch divergierende Bevölkerungsanteile der Russen verursacht wird.

für die Abwanderung aus der Region (Unzufriedenheit mit der Wohnungs- und der soziokulturellen Situation) ein weiterer wichtiger hinzugekommen ist: die völlig unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des primären Bedarfs.“ So heißt es in einem Gutachten des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik und der Akademie der Wissenschaften über die Angara-Enisej-Region Mitte der achtziger Jahre (Fil'sin 1988, S. 120). Es findet also offenbar ein ungleicher Äquivalententausch statt, der Sibirien als spezialisierte Region in bestimmte Abhängigkeitsverhältnisse drängt.

Das ist nicht immer so gewesen. Noch vor 20 Jahren gehörte Sibirien zu den besser gestellten Regionen in der Sowjetunion. Von daher läßt sich die heutige desolante Lage nicht mit den Zwangsparsnissen aus der Zeit der Industrialisierung rechtfertigen. Ebenso wenig kann ein wie auch immer zu definierender Entwicklungsrückstand gegenüber den zentralen Landesteilen dafür verantwortlich gemacht werden. In vielen Bereichen ist die sibirische Wirtschaft moderner ausgestattet als die übrige sowjetische. Die Dichotomie „Entwicklung – Unterentwicklung“ kann also wenig weiterhelfen. Die „Belastung“ durch klimatische und

Karte 2: Die Industrie Sibiriens - wichtigste Standorte, Erzeugnisse und Lieferströme 1989



Karte 2: Fast alles Wertvolle muß Sibirien exportieren. Die Ministerialkonzerne der Union (UdSSR) bestimmen die Richtung, nicht die sibirischen Unternehmen.



Abb. 1: Das unberührte Sibirien: Die Peščannaja-Bucht am Bajkal-See gehört zu den schönsten Küstengebieten der Sowjetunion.

andere natürliche Faktoren bildet ebenfalls keinen hinreichenden Begründungszusammenhang, denn über 70 Prozent der Wirtschaftsaktivitäten finden in der sibirischen Südzone statt, die den größten Teil des Jahres relativ günstige Temperatur- und Niederschlagsverhältnisse bietet.

Der höchste Erklärungsgehalt kommt sicher jener These zu, die besagt, daß wesentliche wirtschaftliche, politische und soziale Prozesse in der Sowjetunion heute gegen die genuinen Lebensinteressen Sibiriens ablaufen. Addieren wir dazu die Information, daß die Entscheidungen darüber nicht in Sibirien getroffen werden, gelangen wir zur Kolonialismus-Hypothese. Kolonialismus ist eine wirtschaftliche Expansion, die in Form politischer Beherrschung abgesichert wird (Meyers Lexikon). Diese einfache Lexikon-Definition möchte ich zum Ausgangspunkt meiner Betrachtungen nehmen. Als mögliches Symptom politischer Beherrschung sollen zunächst die Maßnahmen und Prozesse angesprochen werden, mit denen die Zentralregierung die autochthonen Völkerschaften Sibiriens „umerzieht“. Im zweiten Schritt geht es um die wirtschaftlichen Hintergründe, also um die Formen der Ausbeutung durch sowjetische Ministerialkonzerne.

Die Akkulturation der Autochthonen

Häufig wird die Erschließung Sibiriens mit dem Frontier-Kolonialismus der USA im „Wilden Westen“ erläutert: Die Russen sind immer weiter nach Osten vorgedrungen. Es gab da mal andere Völkerschaften, aber die spielen jetzt keine Rolle mehr. Dieses Stereo-

typ ist nicht ganz richtig. 61 Prozent der Fläche Sibiriens sind heute den autonomen Gebietseinheiten der 1,6 Millionen Autochthonen – Angehörigen der eingeborenen nichtrussischen Völkerschaften – zugeordnet. Die Größe dieser Gebiete ist Ergebnis der ursprünglich emanzipatorisch ausgerichteten Leninschen Nationalitätenpolitik. Als die Russische Föderation im Jahre 1937 in der heutigen Form konstituiert wurde, waren jene 14 autonomen Einheiten bereits vorhanden. Drei von ihnen – Jakutien, Burjatien und Tuvinien – haben den Status einer „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik“ (= ASSR), die in Wirtschaft und Verwaltung den Oblast' und Kraja (etwa: Regierungsbezirken; Singular: Oblast', Kraj) gleichgestellt sind. Sie sind in kultureller Hinsicht zweisprachig, obwohl die Jakuten und Burjaten in ihren Republiken keine Mehrheit haben. Die übrigen elf Einheiten (Autonome Oblast' ohne die reale politische und wirtschaftliche Macht einer Oblast'-Verwaltung und Autonome Okrug; abgekürzt: AO) sind Teilgebiete eines Kraj oder einer „echten“ Oblast'. Dort sind die Autochthonen an der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindung kaum beteiligt. Unterhalb dieser Ebene, also in den Rajony (etwa: Landkreise), Städten und Gemeinden, gibt es keine territorial abgegrenzten Sondergebiete für Autochthone.

Die Autochthonen Sibiriens gehören fünf Sprachgruppen an:

– Mit Tataren, Jakuten und Tuviniern sind die Turksprachigen (1 Mio.) die größte Gruppe.

– Es folgt die mongolische Gruppe, bestehend aus den Burjaten (0,35 Mio).

Weniger als 100.000 Angehörige haben die tungusisch-mandschurische Gruppe (Ewen-

ken und andere), die paläoasiatische, die samojedische und schließlich die finnougri-sche Gruppe.

Auf Karte 1 sind die autonomen Gebietseinheiten der Sowjetunion eingetragen. In hellen Grautönen sind jene Gebiete gekennzeichnet, in denen die Russen weniger als ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Sie haben nach dem im letzten Jahr verabschiedeten Austrittsgesetz die Möglichkeit, die Union zu verlassen – vorausgesetzt, daß die anderen Nationalitäten der Gebietseinheit einverstanden sind und die Gebietseinheit den Status einer Unionsrepublik erhält. Das sind Estland, Litauen, Belorußland, Ukraine, Moldau, Transkaukasien und Mittelasien. Innerhalb Sibiriens würde Tuvinien zu dieser Gruppe gehören. In den anderen sibirischen Einheiten dominieren die dunklen Grautöne.

Noch 1959 gehörte die Mehrzahl der autonomen Gebiete Sibiriens zu den Gebietseinheiten, in denen die Russen mehr als ein Drittel, aber weniger als die Hälfte der Bevölkerung stellten. Heute liegen die Russenanteile nur in Tuvinien, Jakutien und im Aginsker Burjatengebiet unter 50 Prozent, in den übrigen Gebieten darüber. Die einheimischen Völkerschaften haben also in ihren autonomen Gebieten Einbußen ihres Bevölkerungsanteils hinnehmen müssen. Ich möchte kurz einige Faktoren nennen, die dazu geführt haben.

Die meisten Nordvölker hatten die Stalinära relativ unbeschadet überstanden. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß ihr Leidensweg zu einem Zeitpunkt begann, als der der anderen zu Ende ging. Die Tragödie lief in vier Etappen ab:

1. Am 16. März 1957 erließ der Oberste Sowjet einen Beschluß über „Maßnahmen zur weiteren Wirtschafts- und Kulturentwicklung der Völkerschaften des Nordens“. Darin wurde den Nordvölkern eine mindestens achtjährige russische Allgemeinschulbildung verordnet. Die Kinder wurden den teilweise noch nomadisierenden Stämmen weggenommen und in ausschließlich russisch-sprachige Internate gesteckt. Damit wurden sie aus den bis dahin autark lebenden Clan-Verbänden herausgelöst und sowjetisiert. Nach einer solchen Ausbildung waren sie in der Regel weder bereit noch fähig, das Leben ihrer Vorfahren fortzusetzen. Die traditionellen Wirtschaftsformen der Autochthonen wurden sinnlos, weil es beispielsweise für die Rentierherden keine Erben mehr gab.

2. In den 60er Jahren beschloß man, der Bevölkerung im Norden eine bessere Kranken- und Sozialversorgung zukommen zu lassen. Die neuen Dienstleistungen verteilte man nach dem Prinzip der „Zentralen Orte“. Die Bevölkerung mußte in die neuen Mittelpunkt-siedlungen ziehen. Dadurch wurden sie veranlaßt, ihre jahrhundertalten traditionellen, teil-

weise saisonalen Siedlungsplätze mit zehn bis 100 Einwohnern aufzugeben, die – wie man heute weiß – oft ökologische Standortvorteile nutzten. Die Mittelpunktssiedlungen sind mit 500 bis 3000 Einwohnern für die labile natürliche Umwelt des asiatischen Nordens zu groß. Schon in der Anfangsphase konnten sie sich nicht selbst ernähren. Heute ist dies noch problematischer, weil die zu intensive Nutzung der jeweiligen Umgebung die Ökosysteme ruiniert hat.

3. In den 70er Jahren wurden in Sibirien – wie in der übrigen Sowjetunion schon früher – die Kollektivwirtschaften („Kolchozy“) in spezialisierte Staatsgüter („Sovchozy“) umgewandelt. Weiden und Wälder der kleinen Nationalitäten gingen in Staatseigentum über. Dies hatte zur Folge, daß etwa die Angehörigen von Viehzucht-Sovchozy kein Holz zum Heizen und zum Tschum-Bau (Tschum = mit Birkenrinde gedecktes Wigwam) einschlagen durften. Denn das ist Aufgabe und Recht der Holzfäller-Unternehmen, der Lespromchozy. Während die älteren Kolchozy die traditionelle Clan-Struktur weitgehend übernommen hatten, war dies in den größeren Sovchozy nicht mehr möglich. Es fanden sich kaum Einheimische, die bereit waren, einen solchen Sovchoz zu führen. Die meisten dieser Sovchozy werden von Leuten geleitet, die die spezifischen Bedingungen des Nordens nur aus Lehrbüchern kennen. Sie sind entsprechend ineffektiv.

Die sozialen Auswirkungen dieser Maßnahmen waren verheerend. Die erwähnten Beschlüsse wurden unionsweit verordnet, galten und gelten also auch für andere Nationalitäten. Während Russen, Ukrainer und andere größere Nationalitäten in die Städte ausweichen konnten, ohne ihre kulturelle Identität zu verlieren, bestand diese Möglichkeit für die Nordvölker nicht. Es gab im Norden keine eigenständige Stadtkultur. Die nach russischem Vorbild neu angelegten Mittelpunktsorte wurden diesem Erfordernis nicht gerecht. Es gibt dort nicht genügend Arbeitsplätze, um alle Bewohner zu beschäftigen. Das topographisch exakte Öko-Wissen stirbt mit der älteren Generation aus. Alkoholismus und Kriminalität nehmen drastisch zu. Es zeigte sich, daß auch eine achtjährige sowjetische Schulbildung nicht ausreicht, um die Angehörigen der Nationalitäten zu guten Industriearbeitern zu machen. Bei einigen Nordvölkern gibt es die Tradition, daß derjenige freiwillig aus dem Leben scheidet, der keine sinnvolle Tätigkeit mehr ausüben kann. Seit den 70er Jahre sind die Selbstmordquoten in Sibirien extrem angestiegen. Es kommt auch zu kollektiven Selbstmorden.

4. Als letzten Faktor möchte ich die rigorose Rohstofferschließung im sibirischen Norden anführen, bei der die Autochthonen auch dann kein Mitspracherecht haben, wenn die Maß-



Abb. 2: Blick über den Tom-Fluß auf das Zentrum von Kemerovo (520.000 Einwohner, 1926 gegründet). Keine Kathedrale, sondern eine Kokerei bildet den Mittelpunkt dieser sozialistischen Stadt.

nahmen auf ihrem autonomen Gebiet durchgeführt werden oder es belasten. Der Buntmetallbergbau und die Verhüttung in Noril'sk im Autonomen Okrug der Dolgan-Nenzen ist seit dem zweiten Weltkrieg mit zeitweise über vier Millionen Tonnen pro Jahr der größte Luftschadstoff-Emittent der Sowjetunion auf Stadt-Ebene. Es verschmutzt die gesamte Arktis. Die Tschuktschen-Halbinsel (Čukotskij AO), Südwest-Jakutien und Teile des sowjetischen Eismees sind durch Atom-Versuche bzw. Abfälle der Atom-Industrie verseucht.

Etwa seit 1980 wird der Norden Westsibiriens nicht nur punkthaft, sondern flächenhaft von den Öl- und Gasprospektoren der Brennstoff-Konzerne erschlossen. 1988 wurden im Autonomen Okrug der Jamal-Nenzen drei Fünftel des sowjetischen Erdgases, also etwa 460 Milliarden Kubikmeter gefördert. Der Territoriale Produktionskomplex „Mittlerer Ob“ im südlich anschließenden Autonomen Okrug der Chanten und Mansen lieferte im selben Zeitraum mit 416 Millionen Tonnen zwei Drittel des sowjetischen Erdöls (einschließlich Kondensat). Schwere Kettenfahrzeuge walzen die Tundra platt, Störfälle beim Bohren, Pumpen und Pipeline-Transport verschmutzten bis 1989 über sechs Millionen Hektar Weideland und Fisch-Gewässer. Die Rekultivierung würde nach Schätzungen des Vorsitzenden des Staatskomitees für Umweltschutz N.N. Voronev 90 Milliarden Rubel kosten – mehr als die jährlichen Gesamtinvestitionen in die Brennstoff-Förderung des westsibirischen Nordens.

„Die von keiner Sachkenntnis getrübe, barbarische Erschließung der Erdöl- und Erdgasre-

gionen tötet alles Lebende, darunter auch die Rentiere. Ich glaube nicht, daß ich übertreibe.“ Das war in einem Artikel der Zeitung „Roter Norden“ vom 29. Juni 1988 zu lesen (OKO-TETTO 1988).

Systematische Daten zur Erfassung der Folgen jener Maßnahmen sind bis heute nicht publiziert. Einige Effekte kann man allerdings aus den Volkszählungsergebnissen 1959, 1976, 1979 erschließen. Während die Zahl der Autochthonen im ersten Jahrzehnt noch um 21,2 Prozent zunahm, waren es im zweiten nur 7,7 Prozent. Acht der 29 Völkerschaften verzeichneten einen absoluten Bevölkerungsrückgang. Offensichtlich hat die politische Organisationsform einen erheblichen Einfluß auf das Ausmaß des Wachstumsrückgangs. Die Nationalitäten, die in zweisprachigen ASSR leben – also Jakuten, Tuviner und Burjaten – sind nicht so stark betroffen, wie diejenigen, die nur in Autonomen Oblasti/Okругa leben oder keine territoriale Organisationsform haben.

Die administrativ erzwungene Einbindung der Autochthonen in das sowjetische System trägt deutlich kolonialistische Züge. Diese Spielart des Kolonialismus läßt sich nicht aus ökonomischen Argumenten ableiten, im Gegenteil: Die Unterstützung der als Fröhrentner und Alkoholiker darbenenden Autochthonen in den Mittelpunktsorten ist für die Sowjetunion teurer als die früheren Subsistenzwirtschaften.

Das Stichwort ökonomisch abgeleiteter Kolonialismus möchte ich dazu benutzen, um auf die Aktivitäten der Unionskonzerne in Sibirien einzugehen.

Sowjetische Großkonzerne erobern Sibirien

1988 fragte der ostsibirische Schriftsteller Valentin Rasputin: „Warum betrachten Minlesbumprom, Minevetmet, Minenergo und andere Ministerien Sibirien weiterhin als Kolonie, als einen Lastkahn, der in Rußland angelegt hat und den man nun so schnell wie möglich von seinen Reichtümern entladen und vom Ufer zurückstoßen muß? Ist Sibirien denn kein Teil Rußlands? Warum verwandelt sich jeder, auch der Sibirjak selbst, Gelehrter und Nichtgelehrter, in einen Nur-Verbraucher und benimmt sich (in Sibirien) wie ein Eroberer?“ (In: RASPUTIN, SALAEV 1988, S. 49).

Wer sind Minevetmet, Minlesbumprom und Minenergo?

Minevetmet ist ein sowjetischer Industriekonzern im Range eines Unionsministeriums. Letzteres bedeutet, daß der Konzern über einen Sitz im Kabinett der UdSSR und über landesweite Monopole bei seinem Hauptprodukt verfügt, also bei der Förderung und Erzeugung von Buntmetallen. Mit einer Jahreskapazität von 2,4 Millionen Tonnen ist Minevetmet der größte Aluminium-Produzent der Welt. Zwei Drittel der Hüttenkapazitäten liegen in Sibirien. Die größte Hütte steht in Bratsk und übertrifft mit einer Kapazität von 800.000 Tonnen die von ganz Westeuropa. Mit den vier anderen sibirischen Hütten in Krasnojarsk, Sajanogorsk, Šelechov und Novokuzneck bedient sie den sowjetischen Verteidigungskomplex und den Weltmarkt. Sie sind aus sibirischer Sicht Überkapazitäten.

Der Status als Unionsministerium befreit den Konzern und seine Unternehmen – von Konzessionszahlungen an Gebietskörperschaften, von Zinszahlungen an Banken, – nahezu vollständig von Steuerzahlungen an die RSFSR oder Städte – und von der Notwendigkeit, für seine Planungen die Zustimmung von RSFSR- oder Regionalbehörden einzuholen.

Unionsministerium heißt auch, daß der Konzern-Herr und in einigen Fällen sein Stellvertreter einen Platz im Regierungskabinett der UdSSR hat. Einen ähnlichen Status mit denselben Privilegien haben noch 34 andere sowjetische Großkonzerne. Sie können mit ihren 35 Plätzen die 23 traditionellen Ressorts mühelos überstimmen. Die Landwirtschaft, die Nahrungsmittel- und die Leicht-(Konsumgüter-)Industrie sind nicht als Ministerialkonzerne auf Unionebene, sondern auf Republikenebene organisiert. Dies hat u.a. zur Folge, daß sie kaum an den westlichen Krediten teilhaben, denn die einzelnen Unionsrepubliken treten nicht als Kreditnehmer auf. Ein koordinierendes Wirtschaftsministerium für die UdSSR gibt es nicht.

Die wirtschaftliche Macht der Ministerialkonzerne ist in den letzten 25 Jahren ständig gewachsen. Chruschtschow hatte sie bis 1960 auf sechs Prozent der sowjetischen Industrieproduktion reduziert. Nach seinem Sturz wuchs der Anteil innerhalb eines Jahres auf 49 Prozent (1965). Heute sind es landesweit 62 Prozent. Einige Ministerialkonzerne verfügen über eine eigene Infrastruktur, eigene Telefonnetze und eigene Städte, die nicht auf Karten eingezeichnet sind. Die Zeitschrift „Sowjetunion heute“ hat 1990 im Heft 4 mit

Krasnojarsk-45 eine solche geheime Stadt vorgestellt. Seit 1965 bauten die Ministerialkonzerne über zwei Drittel der Eisenbahnen für eigene Zwecke, wobei ihr Neubau-Anteil auf heute 91 Prozent angestiegen ist. Das heißt: Nur ein Zehntel der neuen sowjetischen Strecken werden für die Staatsbahn (z.B. Bajkal-Amur-Magistrale) verlegt, und neun Zehntel der Neubauten sind für den öffentlichen Verkehr gesperrt und auf normalen Karten nicht eingezeichnet.

Minlesbumprom ist der weltgrößte Verarbeiter von Holz, Minenergo ist der größte Energie-Konzern, Minnefteprom der größte Erdöl- und Mingazprom der größte Erdgasproduzent.

Minneftegazstroj ist die größte sowjetische Bauorganisation. Diese Ministerialkonzerne haben gleichfalls ihre Produktionsschwerpunkte in Sibirien. Dasselbe gilt für das Chemie-Ministerium und den Kohlebergbau. Über ein Drittel des Minnefteprom und des Mingazprom sind jeweils Überkapazitäten und machen die Konzerne vom Weltmarkt abhängig. Das heißt konkret: Das teuerste Investitionsobjekt (80 Milliarden Rubel im laufenden Fünfjahresplan) und der größte Hemmschuh für die Sanierung der Sowjetunion, der Westsibirische Erdöl-Erdgas-Komplex, könnte um die Hälfte verkleinert werden, wenn es nur um die Befriedigung des sowjetischen Bedarfs ginge, und wenn man – gegen die Interessen der Energie-Konzerne – die einfachsten Energie-Sparmaßnahmen realisieren könnte.

Bereits 1965 wurde über die Hälfte der sibirischen Industrie-Bruttoproduktion von der Grundstoffherzeugung erbracht. Der Anteil der Ministerialkonzerne (Grundstoffindustrie und Maschinenbau) an der sibirischen Industrie-Produktion stieg seitdem von 69,3 auf heute über 80 Prozent. Der Konsumgüterbereich – hier vertreten durch Leicht- und Nahrungsmittelindustrie – schrumpfte entsprechend. Dieser strukturelle Kolonialismus wird Sibirien noch auf Jahrzehnte hinaus belasten.

Da die Konzerne von niemandem kontrolliert werden, „wirtschaften“ sie entsprechend. Das Erdölfeld Tavda in Westsibirien hat seit 1968 für 32,8 Milliarden Dollar Öl gefördert. Das gesamte Geld ist in die Konzernzentrale nach Moskau geflossen. Die Arbeiter wurden mehr schlecht als recht in Rubeln bezahlt und hausen heute wie vor 20 Jahren in selbstgebauten Holzhütten, umgestürzten Waggons und Baracken niedrigster Qualität. Die nahegelegene Erdöl-Großstadt Neftejugansk besteht aus planlos verteilten Baracken und Wohnblocks. Bis heute gibt es dort keine Straßennamen. Die Erdöl-Erdgas-Provinz Tjumen', die mit ihren Brennstoff-Exporten über die Hälfte der sowjetischen Deviseneinnahmen garantiert, liegt in der Wohnraumversorgung pro Kopf in der RSFSR an 62. Stelle (von 71 möglichen) (vgl. TOLPEGIN 1990).



Abb. 3: Novosibirsk (1.436.000 Einwohner, 1893 gegründet) ist die Hauptstadt des neuen Sibiriens. Der eigenwillige Bau des Jugendtheaters aus den siebziger Jahren läßt spüren, daß hier die „Perestrojka“ bereits vor einem Jahrzehnt begann.

Karte 2 zeigt in generalisierter Form die wichtigsten Industriegebiete Sibiriens mit ihren Erzeugnissen und Lieferströmen. Es überwiegen die einfarbigen Punkte. Das heißt, daß die Ministerialkonzerne Sibirien untereinander aufgeteilt haben. In den meisten Teilregionen dominiert jeweils ein Ministerialkonzern und verursacht dort entsprechende Monostrukturen. Es fällt auf, wie wenig die einzelnen Punkte miteinander verknüpft sind. Die meisten Produkte gehen in den Westteil der Sowjetunion. Was steckt dahinter?

Es handelt sich dabei überwiegend um Halbfertigprodukte oder Rohstoffe, denn in Sibirien sind seit 1965 kaum Betriebe der verarbeitenden Industrie errichtet worden. Die Oblast' Tjumen' ist die größte Erdölförderregion in der Sowjetunion. Es gibt dort aber keine Raffinerie. Benzin ist so knapp, daß es streng rationiert werden muß. Ebenso fehlt es an Kraftwerken. Die Oblast' muß Strom aus dem Ural importieren. Das Kuzneck-Becken ist der größte Steinkohle-Produzent in der Sowjetunion. Die dortige Bevölkerung darf die Kohle aber nur zu ganz geringen Mengen kaufen. Der sibirische Maschinenbau bezieht über die Hälfte seines Inputs aus dem Westen, weil in den sibirischen Eisenhütten (beide in Novokuzneck) die Produktionsstufen für hochwertigen Stahl fehlen. In den landwirtschaftlichen Überschußgebieten Südwest-Sibiriens ist Fleisch knapp, weil die Ablieferungskontingente zur Versorgung der Nordgebiete zu hoch sind. Obwohl die dortigen Böden zu den besten der Sowjetunion gehören, wandert die ländliche Bevölkerung nach Norden, um auf den Großbaustellen zu arbeiten. Dort verdient sie fünf- bis sechsmal mehr als in südsibirischen Sovchozy. Der Zusammenbruch der sibirischen Landwirtschaft wird Mitte der 90er Jahre eintreten. Jeder weiß das, aber niemand tut etwas dagegen. Andererseits muß Sibirien überbeuerte Maschinen, Anlagen und Konsumgüter aus dem europäischen Teil der Union einführen. 1975 hatten, ausgedrückt in den damals gültigen Preisen, nur drei von 18 sibirischen Gebietseinheiten eine positive Leistungsbilanz mit den übrigen Teilen der Union (Omsk, Kemerovo, Altaj). Sibirien insgesamt hatte eine negative Bilanz im Verhältnis von 1:1,21.

Resumé

Die bisherigen Ausführungen haben überdeutlich gezeigt, daß reiche Rohstofflager, relativ gute klimatische (insbesondere agroklimatische) Bedingungen, entwickelte Infrastruktur und positive Industrialisierungsansätze (in den fünfziger Jahren), ausgebildete Arbeitskräfte und lange Friedenszeit sich nicht unbedingt als regionaler Wohlstand oder zumindest Wachstum niederschlagen müssen. All diese positiven Voraussetzungen können durch spezifische Mechanismen in der Wirtschaftsorgani-

sation absorbiert werden. Dies gilt offenbar nicht nur in westlichen Gesellschaften (etwa Brasilien), sondern auch für Teile der Sowjetunion. Hier findet eine makroregionale Umverteilung des Nationaleinkommens in dem Sinne statt, daß bestimmte Zweige (Ministerialkonzerne) Kapazitäten in ihrem Interesse in Sibirien bündeln und positive Effekte in ihre eigene Organisation hinein ableiten und konzentrieren können. Gleichzeitig behandelt die Staatsadministration die auf diese Weise ausgebeuteten Regionen „egalitär“, d.h. genauso wie nicht oder weniger ausgebeutete Regionen. Eine Gegensteuerung findet kaum statt. Dabei können gesamtstaatlich angesetzte wirtschafts- und kulturpolitische Maßnahmen katastrophale Folgen zeitigen, wie das Beispiel der sibirischen Nordvölker zeigt. Rasputins Kolonialismus-Vorwurf (s. o.) charakterisiert die derzeitige Situation in Sibirien also zutreffend.

Sowohl der kulturelle wie auch der ökonomische Kolonialismus in Sibirien ist in seiner heutigen Erscheinungsform keine „Altlast“ aus der Stalinära, sondern Ergebnis einer unkoordinierten Ressort- und Erschließungspolitik seitens einiger Unionsministerien. Regionale Belange spielten bisher bei der Entscheidungsfindung keine Rolle.

Die Sowjetunion oder das, was sich als ihr Agens zeigt, ist ein Interessenverband von 35 ministerialen Wirtschaftskonzernen. Außer mit ihrer ökonomischen Macht sind sie mit politisch-administrativen Hoheitsrechten ausgestattet. In dieser Beziehung gleichen sie den neuzeitlichen Handelskompanien der Niederlande und Großbritanniens. Und in ähnlicher

Weise beuten sie einzelne Unionsrepubliken und Teilregionen aus. Sie werden dabei durch westliche Kredite und Handelsverträge gestützt. Westliche Politiker und Banken, die angeblich die Lebensmittel- und Konsumgüterproduktion verbessern wollen, stellen ihre Mittel nicht den Unionsrepubliken zur Verfügung, die für diese Branchen zuständig sind, sondern de facto den Ministerialkonzernen der Regierung Gorbatschow.

In keiner anderen Großregion ist die Position der Ministerialkonzerne so stark wie in Sibirien. Während es in anderen Regionen eine gewisse Input-Konkurrenz zwischen den Konzernen gibt, sind ihrem Wachstum in Sibirien kaum Grenzen gesetzt. Ohne Rücksicht auf die Interessen der einheimischen Bevölkerung paßten sie die Wirtschafts- und Siedlungsstruktur Sibiriens ihrem Bedarf an. Um Infrastrukturkosten zu sparen, konzentrieren sie ihre Kapazitäten auf wenige, aber dafür sehr große Standorte. 1989 lebten bereits 42 Prozent der sibirischen Bevölkerung in Großstädten (BRD 1989: 34 Prozent). Das Verkehrsnetz wurde einseitig zum Abtransport von Waren und Gütern entwickelt: In den letzten 20 Jahren wurden fast nur noch Pipelines gebaut. Die Verkehrslinien zur Versorgung Sibiriens (Eisenbahnnetz) sind quantitativ immer noch dieselben wie vor einem Vierteljahrhundert, als Sibirien ein Fünftel weniger Einwohner hatte.

Die Entscheidungen in der Nationalitäten- und in der regionalen Entwicklungspolitik offenbaren ein Ausmaß an Inkompetenz und Unwissenheit, das im diametralen Gegensatz zum Wachstum des Wissens über Sibirien



Abb. 4: Das alte Sibirien: Das hölzerne Theater in der früheren Hauptstadt Tobol'sk (80.000 Einwohner, 1587 gegründet) gleicht einem Märchenpalast.

steht. Es hätte regionalspezifischer Bildungsmaßnahmen bedurft, um die soziale und wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der kleinen Nationalitäten zu sichern oder sie an den wenigen Berührungs- und Austauschpunkten mit der Sowjet-Kultur mit eben dieser kompatibel zu machen. Die Fehler in der Nationalitätenpolitik wurden zu einem Zeitpunkt begangen, als Erfahrungen aus anderen Unionsrepubliken, etwa aus Mittelasien, bereits vorlagen. Die Fehler in der Erschließungspolitik wurden begangen, obwohl die Fachwissenschaft die Rentabilität der meisten Großprojekte von Anfang an in Zweifel gezogen und die Art der Planung kritisiert hatte.

„Vernünftige“ und „billige“ Regionalprojekte kamen nicht zum Zuge. Folgendes wäre sinnvoll gewesen:

- die rechtzeitige Umstrukturierung und Modernisierung der südwestsibirischen Wirtschaft, vor allem der Nahrungsmittelindustrie,
- die Förderung von Maschinenbaubranchen zur Produktion von Technik für den Einsatz in klimatischen Extrem-Gebieten,
- der Bau neuer Nord-Süd-Eisenbahnlinien und der vierspurige Ausbau der Transsibirischen Eisenbahn.

Erst nach dem Einsetzen der „Perestrojka“ mußten die Ministerialkonzerne nach öffentlichen Protesten einige Großprojekte aufschieben bzw. zurücknehmen:

- 1987/88 mußte das Wasserbau-Ministerium auf die Nord-Süd-Umleitung sibirischer Flüsse vorerst verzichten.
- 1989 schob das Gas-Ministerium auf Weisung der Regierung die Erschließung der Lagerstätten auf der Jamal-Halbinsel auf. Sonst wäre der letzte Lebensraum für die 20.000 Jamal-Nenzen vernichtet worden.
- Im selben Jahr mußte das Chemie-Ministerium die Pläne für den Bau von fünf großen petrochemischen Werken drastisch reduzieren, die mit westlicher Hilfe finanziert werden sollten.
- 1990 wurde das großwahn sinnige KATEK-Energieprogramm gestoppt. Im Raum zwischen Kansk und Ačinsk (Mittelsibirien) hatte man die größten Braunkohletagebauten mit den größten Braunkohle-Kraftwerken und den mächtigsten Staubemissionen der Welt installieren wollen.

All diese Maßnahmen kamen nicht aufgrund wissenschaftlich oder ökonomisch fundierter Einsprüche zustande – die hatte es in dem Jahrzehnt davor auch schon gegeben. Ausschlaggebend waren die vorbehaltlosen Publikationen dieser Statements in einigen Zeitungen sowie im Fernsehen und die dadurch her-

vorgerufenen Reaktionen in der Öffentlichkeit. Diese Form von „Glasnost“ gestattet erstmals eine Selbstidentifikation des sowjetischen Systems, eine wirklichkeitsbezogene Schadens-/Leistungsbilanzierung.

Die Ministerialkonzerne haben dem Zerfall ihrer Macht nicht untätig zugesehen. Ende 1990 wurde eine der wichtigsten „Glasnost“-Sendereihen („Vzgljad“) im Fernsehen abgesetzt, kurz darauf forderte Gorbatschow vom Obersten Sowjet eine neue Pressezensur. Viele kleinere Zeitungen stellten daraufhin ihre kritische Berichterstattung ein.

Mit der neuen Jelzin-Regierung hat sich zum ersten Mal seit 1937 die RSFSR in die aktive Politik zurückgemeldet. Die Opposition gegen die 35 Ministerialkonzerne und gegen ihren Generalmanager Gorbatschow könnte wachsen.

Innerhalb der RSFSR werden die Grenzrepubliken für sich den Status einer Unionsrepublik anstreben. Das gilt ganz besonders für Jakutien und Tuvinien. Auch andere Nationalitäten werden auf eine Realisierung ihrer verfassungsmäßigen Rechte bestehen. Teilregionen wie etwa Kemerovo, Irkutsk, Primor'e und die Insel Sachalin haben bereits mit Hilfe des „regionalen Chozrasčēt“ erhebliche Sonderrechte erwerben können. „Regionaler Chozrasčēt“ bedeutet, daß wesentliche Wirtschaftsprozesse nicht mehr nur nach Ministerien, sondern auch nach Regionen bilanziert werden. So könnte man eine General-Inventur auf regionaler Ebene voll verwirklichen. Regionen und Städte streben nach einem eigenen Haushaltsrecht und könnten dann ihre Konsumgüterindustrie und ihre Verkehrsinfrastruktur stimulieren.

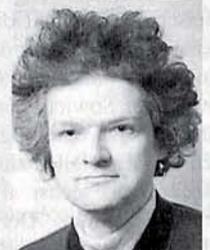
In einigen Regionen hat bereits die Bodenreform begonnen. Nur die Privatisierung der Landwirtschaft und eine ausreichende Kapitalisierung ihrer Betriebe könnten die Nahrungsmittelprobleme lösen.

Nominal ist die RSFSR auch heute noch eine Föderation, obwohl die föderative Struktur 1937 von Stalin vernichtet wurde. Allerdings gibt es Bestrebungen, die „Fernöstliche Republik“ (Pazifik-Region) aus den zwanziger Jahren neu zu beleben. Sinnvoller wäre wahrscheinlich, das in derzeit 18 ASSR, Kraja und Oblasti aufgespaltene Sibirien unterhalb der Republiksebene (RSFSR) zusammenzufassen und mit Institutionen einer aktiven regionalen Entwicklungsplanung auszustatten. Nur auf diesem Aggregationsniveau kann den Ministerialkonzernen eine ähnlich mächtige, dialogfähige Territorialorganisation gegenübergestellt werden. Nur im Dialog mit den Konzernen kann die koloniale Wirtschaftsstruktur Sibiriens überwunden werden. Die Zukunft wird zeigen, ob das gelingt.

Literatur:

- EREMIN, S. N. et al.: Nivchy Sachalina. Sovremennoe social'no-ökonomskoe razvitie (Die Nivchen auf Sachalin. Gegenwärtige sozio-ökonomische Entwicklung). Novosibirsk 1988.
- FAUST, W.: Russlands Goldener Boden. Der sibirische Regionalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Köln 1980.
- FIL'SIN, G. I. (FILSCHIN): Ekonomika Priangar'ja. Problemy i perspektivy (Die Wirtschaft im Angara-Gebiet. Probleme und Perspektiven). Irkutsk 1988.
- JADRINCEV, N. M.: Sibir' kak kolonija v geografičeskom, etnografičeskom i istoričeskom otnošenii (Sibirien als Kolonie in geographischer, ethnographischer und historischer Beziehung.) St. Petersburg 1892.
- KLÜTER, H.: Die Territorialen Produktionskomplexe in Sibirien. Ein Beitrag zur regionalen Investitionspolitik in der Sowjetunion. Habilitationsschrift Gießen 1990.
- LAVROV, S. B.: Regional and environmental problems of the USSR. A synopsis of views from the Soviet parliament. In: Soviet Geography 1990, Heft 7. S. 477 – 499.
- OROTÉTO, N. L.: Avtonomija na slovach (Autonomie in Worten). In: „Krasnyj Sever“ (Roter Norden) vom 29. Juni 1988, S. 4.
- V. G. RASPUTIN, SALAEV, R. K.: Sibir' – i chram i masterskaja (Sibirien – sowohl Tempel, als auch Werkstatt). In: G.I. FIL'SIN et al.: Dialogi o Sibiri (Gespräche über Sibirien). Irkutsk 1988.
- S. G. SMIDOVIC: Samoubijstva v zerkale statistiki (Selbstmorde im Spiegel der Statistik). In: Sociologičeskie issledovanija 1990, Heft 4, S. 74 – 79.
- M. TOLPEGIN: Tjumen'. Kto perekroet kran? (Wer stellt den Kran ab?) In: Lit. gaz. 1990, Nr. 20 (16.05.90), S. 13.

Zum Autor:



Dr. Helmut Klüter, Privatdozent, Jahrgang 1950, war von 1979 bis 1984 Assistent am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie (Prof. Giese) in Gießen. Im Rahmen zweier Forschungsprojekte arbeitete er in den letzten sechs Jahren viermal längere Zeit in Sibirien, wobei er das Land vom Hohen Norden bis zum äußersten Süden durchquerte. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Stiftung Volkswagenwerk und das Wirtschaftsinstitut der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften unterstützten ihn dabei. Sowohl die sowjetische wie die deutsche Seite publizierten Ergebnisse seiner Arbeit. Mit einer Studie über „Die Territorialen Produktionskomplexe in Sibirien“ habilitierte er sich 1990 am Fachbereich Geowissenschaften und Geographie. Das Buch wurde mit dem August-Lösch-Preis 1989 und 1990 ausgezeichnet.